Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 27 (2007)

Heft: 53

Artikel: Neoliberaler Kolonialismus : Protektorate, Aufstandsbekämpfung und die westliche Kriegspolitik

Autor: Wagner, Jürgen

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652556

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jürgen Wagner

Neoliberaler Kolonialismus

Protektorate, Aufstandsbekämpfung und die westliche Kriegspolitik

Spätestens mit der 1960 von der UNO-Generalversammlung verabschiedeten Resolution 1514 und ihrer Forderung, „den Kolonialismus in allen Erscheinungsformen schnell und bedingungslos zu beenden", schien dieser endgültig auf dem Scheiterhaufen der Geschichte gelandet zu sein. Die Resolution sicherte allen Mitgliedern des internationalen Systems – zumindest auf dem Papier – die volle und uneingeschränkte Souveränität zu, jegliche *formelle* Einschränkung staatlicher Selbstbestimmung und Unabhängigkeit war seit dem lange Zeit undenkbar geworden. Hiermit ging jedoch keineswegs ein Ende von Armut und Unterdrückung einher, wie so viele gehofft hatten, denn es gelang den reichen Industrienationen, fortan die bestehenden Hierarchie- und Ausbeutungsverhältnisse auf indirektem Weg über das Weltwirtschaftssystem und die von ihnen kontrollierten Internationalen Organisationen nicht nur zu erhalten, sondern sogar noch weiter auszubauen. So besehen bestand auch kaum eine Notwendigkeit – gelegentliche militärische Strafaktionen nicht ausgeschlossen –, weiterhin verstärkt auf direkte Herrschaftsmechanismen zurückzugreifen.

Es dürfte kein Zufall sein, dass dieser informelle „Imperialismus ohne Kolonien" (Harry Magdoff) in einer Zeit, in der die Krisentendenzen der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung immer offener zutage treten, durch ein neues Paradigma ersetzt wird. Dieses hier als Neoliberaler Kolonialismus bezeichnete neue Leitbild weist drei zentrale Merkmale auf: Erstens die zunehmende Bereitschaft, zur Absicherung der Weltordnung auf militärische Gewalt zurückzugreifen; zweitens – und noch wichtiger – die Renaissance direkter Herrschaftsformen, die sich darin äußert, dass im Anschluss an eine westliche Militärintervention inzwischen üblicherweise ein zeitlich unbefristetes Besatzungsregime etabliert wird, das sich von einer klassischen Kolonialverwaltung allenfalls noch dem Namen nach unterscheidet; und drittens die Tatsache, dass im Rahmen dieser Re-Kolonisierung unter den Deckmänteln von „Stabilitätsexport" und „Nation Building" die Wirtschaftsordnungen peripherer Staaten in einer Art militärischem Strukturanpassungsprogramm neoliberal umstrukturiert werden.

„Protektorate sind in", erläutert Carlo Masala vom *NATO Defense College*. „Von Bosnien über Kosovo, nach Afghanistan bis in den Irak, das Muster westlicher Interventionspolitik ist immer dasselbe. Nach erfolgreicher militärischer Intervention werden die 'eroberten' Gebiete in Protektorate umgewandelt und die westliche Staatengemeinschaft ist darum bemüht, liberale politische Systeme, Rechtsstaatlichkeit und freie Marktwirtschaft in diesen Gebieten einzuführen."[1] Wie im Folgenden gezeigt wird,

hat sich dieser Neoliberale Kolonialismus sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch den Vereinigten Staaten auf sämtlichen relevanten Ebenen durchgesetzt: Von der Etablierung einer kolonialen Rechtfertigungsideologie über die Strategie- und Streitkräfteplanung bis hin zur operativen Ebene werden gegenwärtig sämtliche Kapazitäten auf ein und dasselbe Ziel ausgerichtet, die „Rekolonialisierung schwacher und in Misswirtschaft versackender Staaten."[2]

Die (neoliberale) Globalisierung hat nicht nur zu einer massiven Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung geführt[3], diese bewusst in Kauf genommene Verelendung stellt gleichzeitig auch den mit Abstand wichtigsten Faktor für das Ausbrechen gewaltsamer Konflikte in der Dritten Welt dar, wie selbst Studien der Weltbank und der Bertelsmann-Stiftung belegen: „[Es] ist in der Kriegsursachenforschung unumstritten, dass Armut der wichtigste Faktor für Kriege ist. Armut steht als Indikator für wirtschaftliche als auch für soziale Benachteiligung, bis hin zum Mangel an Möglichkeiten, das eigene Leben in Würde zu gestalten. Die Kriege der Zukunft werden immer häufiger Kriege um Wohlstand und Würde sein – und zumindest jenen, die sie betreiben, rational erscheinen."[4] Da sich diese Armutskonflikte aber negativ auf die Realisierung der Profitinteressen westlicher Großkonzerne auswirken, ist der Wirtschaft (meist) an der „Stabilisierung" solcher am Wirtschaftssystem gescheiterter Staaten gelegen.

Die Weltwirtschaftsordnung produziert offensichtlich einige Gewinner und zahlreiche Verlierer und muss deshalb zwangsläufig militärisch gegen die „Verdammten dieser Erde" abgesichert werden. Umso mehr, da sich das neoliberale System in einer fundamentalen Legitimationskrise befindet und zunehmend auf Widerstand in der Dritten Welt trifft. Ein Beitrag in der Zeitschrift *griephan global security*, die sich gegenwärtig als Zentralorgan an der Schnittstelle zwischen Sicherheitspolitik und Wirtschaft etabliert, bringt diesen Sachverhalt überdeutlich auf den Punkt: „Zur Zeit ist eines der größten Risiken, dass die gegenwärtig Ausgeschlossenen irgendwann Gehör finden und ihren Einfluss dann auf nationaler Ebene wieder geltend machen. Daraus entsteht sowohl für globale Unternehmen als auch für Investoren eine Herausforderung: Wie schützt man globale Unternehmensstrukturen in einer Zeit, wo sich das 'Länderrisiko' im weitesten Sinne verschärft? Unternehmen müssen [sich] gegen politische und soziale Unruhen in den Nationalstaaten sichern."[5] Gelingt es also nicht, den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte mittels sogenannter Stabilisierungseinsätze halbwegs unter Kontrolle zu halten, steht die gesamte Weltwirtschaftsordnung selbst mehr und mehr zur Disposition. Vor dem Hintergrund dieser Interessenkonstellation hat sich mittlerweile eine Rechtfertigungsideologie etabliert, die die Stabilisierung gescheiterter Staaten zu einem moralisch-sicherheitspolitischen Imperativ westlicher Außenpolitik erhebt.

„Gescheiterte Staaten“ und die Neuen Kriege

Trotz gravierender methodologischer und empirischer Mängel[6] hat die Theorie der Neuen Kriege, zu deren führenden Vertretern Mary Kaldor und Herfried Münkler zählen, einen beeindruckenden Siegeszug im politischwissenschaftlichen Diskurs der letzten Jahre angetreten. Sie besagt im Kern, dass klassische zwischenstaatliche Kriege (weitgehend) der Vergangenheit angehören würden. An ihre Stelle sei aber eine rasant steigende Zahl innerstaatlicher Gewaltkonflikte getreten, die primär hausgemachte Ursachen hätten. Regionalspezifische Umstände, seien es ethnische oder religiöse Rivalitäten, Stammesfehden o.ä. seien ihre hauptsächlichen Triebfedern, die letztlich zur Destabilisierung jeglicher Ordnung und damit zu gescheiterten Staaten führen. Hierdurch wird die Frage der Kriegsursachen bewusst von der Interessenpolitik der kapitalistischen Mächte abgekoppelt. Im Gegenteil, damit diese Staaten ihre angeblich selbstverschuldeten Konflikte dauerhaft beilegen können, seien sie „auf den Import von Staatlichkeit angewiesen“, der Westen müsse bereit sein, so Münkler, „sich auf bewaffnete Pazifizierungen ganzer Regionen einzulassen.“[7]

Die politische Durchschlagskraft dieses Konstrukts rührt dabei nicht zuletzt daher, dass es sowohl von linksliberaler als auch konservativer Seite Unterstützung findet. So argumentieren Linksliberale, der Westen habe angesichts der wachsenden Konflikte aus moralischen Erwägungen die Pflicht, dem Töten und Sterben in der Dritten Welt mittels militärischem „Stabilitätsexport“ zu begegnen. Mary Kaldor etwa fordert: „Die Analyse der neuen Kriege legt jedoch nahe, daß nicht Friedenssicherung, sondern die Durchsetzung kosmopolitischer Normen erforderlich ist, also die Durchsetzung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte.“[8]

Demgegenüber betonen konservative Neue Krieger, gescheiterte Staaten seien „Brutstätten des Terrors“, von denen eine nicht tolerierbare Gefahr ausginge. So gibt Herfried Münkler an, dass die „Ausbildungslager und Rückzugsgebiete [von Terroristen] vorzugsweise dort liegen, wo im Verlauf eines innergesellschaftlichen Krieges die staatlichen Strukturen zusammengebrochen sind. [Weshalb] es in einer globalisierten Welt keine Regionen mehr gibt, in denen die staatlichen Strukturen zusammenbrechen können, ohne dass dies schwer wiegende Folgen für die weltpolitische wie weltwirtschaftliche Ordnung hätte.“[9] Einig ist man sich darin, dass ohne eine Stabilisierung im Rahmen eines Besatzungsregimes eine erfolgreiche Integration in die Weltwirtschaftsordnung und damit eine effektive Armutsbekämpfung unmöglich sei („Ohne Sicherheit keine Entwicklung“). Damit wird die Kolonisierung und neoliberale Zurichtung peripherer Länder schamlos zu einem entwicklungspolitischen Projekt umdefiniert und werden die Befunde der Kriegsursachenforschung auf perfide Art und Weise verdreht. Dennoch – oder besser gerade deswegen – wurde dieses

moralisch-sicherheitspolitische Legitimationskonstrukt inzwischen komplett in die westliche Strategieplanung übernommen.

Militärische Absicherung, „Stabilisierungseinsätze", „Nation Building"

Mittlerweile wurden zahlreiche Studien erstellt, die zu dem Schluss gelangen, sowohl aus moralischen wie auch sicherheitspolitischen Erwägungen müsse die Stabilisierung gescheiterter Staaten zur zentralen Aufgabe der US-Außen- und Militärpolitik werden. So kam u.a. das wichtigste wissenschaftliche Beratungsgremium des Pentagon, das *Defense Science Board*, zu folgendem Ergebnis: „Gescheiterte und scheiternde Staaten sind ideale Brutstätten und Trainingsorte für Terroristen. [...] Somit haben die USA ein großes Interesse – moralisch wie sicherheitspolitisch –, sich um scheiternde und gescheiterte Staaten zu kümmern."[10] Folgerichtig fordert das Gremium: „Stabilisierungs- und Wiederaufbaumissionen müssen zu einer Kernkompetenz sowohl des Verteidigungs- als auch des Außenministeriums werden."[11] Diese Bedrohungsanalyse mitsamt ihren sicherheitspolitischen Schlussfolgerungen fand auch Eingang in die Nationale Sicherheitsstrategie vom März 2006, die darüber hinaus auch noch die (militärische) Integration in das Weltwirtschaftssystem als effektivste Maßnahme zur Stabilisierung gescheiterter Staaten und damit der Terrorismusbekämpfung proklamiert: „Amerikas nationale Interessen und seine moralischen Werte drängen uns in dieselbe Richtung: den Armen der Welt dabei zu helfen, sich in die globale Ökonomie zu integrieren."[12]

Auch das Weißbuch der Bundeswehr (S. 16f.), das am 25. Oktober 2006 verabschiedet wurde, übernimt die Bedrohungsanalyse der Neuen Kriege: „Die Erosion staatlicher Strukturen, der Zerfall ganzer Staaten und damit oft einhergehende Bürgerkriege ebenso wie das Entstehen von Gebieten, die sich außerhalb der internationalen Ordnung stellen, eröffnen Aktionsräume sowie Rückzugsgebiete für bewaffnete Gruppen und terroristische Organisationen." Hieraus leitet sich der beschriebene moralisch-sicherheitspolitische Imperativ zur Durchführung von „Stabilisierungseinsätzen" und „Nation Building" ab, um Staaten in die „internationale Ordnung" zu integrieren: „Staatsversagen sowie eine unkontrollierte Migration können zur Destabilisierung ganzer Regionen beitragen und die internationale Sicherheit nachhaltig beeinträchtigen. Neben der moralischen Verpflichtung zur Hilfe steht dabei die Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes." (ebd.)

Auf EU-Ebene werden Stabilisierungsmissionen ebenfalls zur Kernaufgabe erhoben. So leitet EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner aus der im Dezember 2003 verabschiedeten *Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS)* folgendes Aufgabenprofil ab: „Aktives 'State Building', das heißt der Aufbau staatlicher Strukturen in Krisengebieten, ist viel mehr als ein Aspekt

der Entwicklungszusammenarbeit. Es ist ein sicherheitspolitischer Imperativ, auch für Europa, dem man nur mit einem breiten Ansatz gerecht wird."[13] Zwar betont die ESS (S. 2) dabei einerseits den grundlegenden Zusammenhang von Armut und Krieg: „Eine Reihe von Ländern und Regionen bewegen sich in einem Teufelskreis von Konflikten, Unsicherheit und Armut." Andererseits kommt sie aber hinsichtlich der entscheidenden Frage, wie aus diesem Teufelskreis ausgebrochen werden kann, zu folgendem Ergebnis: „Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung." Dass schließlich in der Europäischen Sicherheitsstrategie ausgerechnet IWF und Weltbank als „Schlüsselinstitutionen" zur Armutsbekämpfung bezeichnet werden, unterstreicht die fehlende Bereitschaft, an den im Wirtschaftssystem begründeten Konfliktursachen etwas zu verändern. Stattdessen wird militärische Symptombekämpfung betrieben.

Rückgriff auf koloniale Prinzipien und Traditionen

Der erklärte Anspruch, im Rahmen von Besatzungsregimen tiefe Eingriffe in das jeweilige Gesellschafts- und Wirtschaftssystem vornehmen zu wollen, zeugt von einer bis dato ungekannten Bereitschaft, in die inneren Belange, die Souveränität von Staaten einzugreifen. Dies wird deshalb nicht von ungefähr mit immer offeneren Forderungen verbunden, nicht nur an imperialistische, sondern auch an koloniale Traditionen anzuknüpfen. Am deutlichsten sind diesbezüglich die Aussagen des US-Politikprofessors Stephen Krasner, der im Jahr 2005 zum Leiter der wichtigen Politischen Planungsabteilung im US-Außenministerium ernannt wurde: „Das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten funktioniert nicht mehr. [...] Mächtige Staaten können das Phänomen prekärer Staaten nicht ignorieren, denn deren Sicherheits- und wirtschaftliche Interessen sind durch diese Staaten gefährdet. [Weshalb] die beste Lösung in der Einrichtung einer De-facto-Treuhandschaft oder eines Protektorats besteht."[14]

Auch innerhalb der Europäischen Union wird inzwischen immer häufiger gefordert, das in die Kolonialzeit zurückreichende Treuhandprinzip zu reaktivieren, womit völlig unverfroren gefordert wird, Ländern und ihrer Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung abzuerkennen und das im Souveränitätsrecht verankerte staatliche Gleichheitsprinzip endgültig ad acta zu legen. So äußert sich der Politikprofessor Ulrich Menzel: „Im Falle der 'Failed States' kann die Einrichtung von 'liberalen Protektoraten' erforderlich sein, um treuhänderisch das Gewaltmonopol herzustellen."[15] Fast genauso klingt Mary Kaldor: „Wo noch keine legitimen örtlichen Behörden existieren, können treuhänderisch Mandate oder Protektorate in Erwägung gezogen werden."[16]

Es ist in diesem Zusammenhang geradezu bezeichnend, wenn der Chefkommentator der *Welt am Sonntag*, Alan Posener, dessen Kernforderung darin besteht, dass „Europa seine imperiale Bestimmung realisiert",

triumphierend anmerkt: „Kaum hätte ich zu hoffen gewagt, dass mein Buch, 'Imperium der Zukunft' schon in Brüssel gelesen wird. Auch hatte ich befürchtet, dass Erweiterungskommissar Olli Rehn wegen seiner von mir zitierten unvorsichtigen Bemerkungen über Europa als 'benevolent empire' von seinen Kollegen Kritik einfangen würde. Aber nein: Kein Geringerer als Jose Manuel Barroso selbst, Präsident der Kommission, hat sich diese Sprachregelung zu eigen gemacht: 'Europa ist ein Imperium'. Na bitte."[17] Aufschlussreich sind auch die Ausführungen des „liberalen Imperialisten" Robert Cooper, auf dessen Entwurf die Europäische Sicherheitsstrategie basiert. Der Büroleiter des EU-Außenbeauftragten Javier Solana droht Staaten, die sich nicht dem „freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie" unterwerfen wollen, offen mit den „raueren Methoden einer vergangenen Ära – Gewalt, präventiven Angriffen, Irreführung." Angesichts der wachsenden Zahl gescheiterter Staaten, so Coopers Schlussfolgerung, sei der „logischste Weg, mit dem Chaos umzugehen, derjenige, der in der Vergangenheit am häufigsten beschritten wurde, die Kolonisierung."[18]

Die Rekolonisierung der Peripherie

Tatsächlich werden derzeit enorme Kapazitäten sowohl innerhalb der Vereinigten Staaten als auch der Europäischen Union auf die Rekolonialisierung der Peripherie ausgerichtet. Leitend ist dabei die Erkenntnis, dass künftig nicht nur schneller und häufiger eingegriffen werden soll, sondern dabei der dauerhaften „Stabilisierung" (Kontrolle) eine ebenso große Bedeutung zukommt, wie dem eigentlichen militärischen Sieg. Dies erfordert jedoch grundlegend neue Kapazitäten, insbesondere eine enge zivil-militärische Verzahnung, denn man benötigt hierfür Juristen, Ingenieure, Militärpolizei bzw. Polizeisoldaten, die in Aufstandsbekämpfung geschult sind, etc., eben alles, was schon für eine klassische Kolonialverwaltung erforderlich war.[19]

Diese Überlegung wurde vom Pentagon mit der Direktive 3000.05 vom 28. November 2005 offiziell übernommen, die auf eine enge zivil-militärische Verzahnung setzt und die bisherige Aufgabenhierarchie radikal verändert: „Stabilisierungsoperationen sind ein Kernbestandteil der amerikanischen militärischen Aufgaben. [...] Ihnen sollte eine vergleichbare Priorität wie Kampfoperationen eingeräumt werden."[20] Die Reichweite dieser Direktive wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass dies eine vollständige Reorganisation des Pentagons, seiner Trainingsmethoden, Ausbildungslehrgänge und, nicht zu vergessen, der Karriereleitern voraussetzt. Mittlerweile wurde bereits eine Vielzahl von Maßnahmen in Gang gesetzt, um die Direktive 3000.05 zu implementieren.[21] Worum es hierbei geht, ist eindeutig: „Kurz gesagt, möglicherweise wird gerade eine Armee mit 'kolonialen' Kapazitäten aufgebaut."[22] Im Dezember 2005 untermau-

erte George W. Bush mit der *National Security Presidential Directive (NSDP)* 44 diese Prioritätenverschiebung, indem auch dort Stabilisierungsmissionen zur Kernaufgabe der US-Außenpolitik erhoben wurden.

Aber nicht nur im US-Verteidigungsministerium werden derzeit nahezu sämtliche Kapazitäten auf die Rekolonisierung der Peripherie ausgerichtet. Maßgeblich von den Arbeiten Stephen Krasners inspiriert, verkündete US-Außenministerin Condoleezza Rice den großen Wurf in einer Grundsatzrede Anfang 2006, die den bezeichnenden Titel „umgestaltende Diplomatie" *(Transformational Diplomacy)* trug. Im Kern besagt das Konzept, dass künftig sämtliche außenpolitischen Mittel für die Umstrukturierung der Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme gescheiterter Staaten nutzbar gemacht werden sollen. Dies betrifft Rice zufolge u.a. den diplomatischen Dienst, vor allem aber die US-Entwicklungshilfe. Hierfür richtete sie den Posten eines Director for Foreign Assistance (DFA) ein, der im Außenministerium ansässig ist. Da der DFA aber gleichzeitig auch Direktor von USAID ist, wurde hierdurch die bislang wenigstens formal unabhängige US-Entwicklungshilfebehörde de facto endgültig dem Außenministerium unterstellt.

Schon zuvor prägte USAID in seiner „Strategie zum Umgang mit gescheiterten Staaten" auch gleich den Begriff der „umgestaltenden Entwicklungshilfe" *(transformational development)*, der bereits anzeigt, dass es nicht mehr um direkte Armutsbekämpfung, sondern um tief greifende Eingriffe in die Strukturen und Institutionen der jeweiligen Gesellschaften geht.[23] „Die Restrukturierung [von USAID] ist Teil der Initiative zur umgestaltenden Diplomatie von Außenministerin Rice, die bestrebt ist, Auslandshilfe zur Transformation der Empfängerländer zu nutzen."[24] Darüber hinaus wurde eigens ein „Büro für Wiederaufbau und Stabilisierung" eingerichtet, das laut Rice die Aufgabe hat, „einem gescheiterten Staat dabei zu helfen, *verantwortungsvolle Souveränität* auszuüben."[25] Dazu gehört nach Selbstbeschreibung der von Befürwortern bereits treffend als „Kolonialbüro" titulierten Einrichtung, „Gesellschaften beim Übergang von Konflikten und Bürgerkriegen zu helfen, damit sie den nachhaltigen Weg hin zu Frieden, Demokratie und Marktwirtschaft einschlagen."[26]

Auch das Militär innerhalb der Europäischen Union respektive ihrer Einzelstaaten wird derzeit denselben Restrukturierungen unterzogen. Auf der einen Seite sollen die in kürzester Zeit einsetzbaren EU-Battlegroups dazu befähigen, militärisch eine Ausbreitung globalisierungsbedingter Armutskonflikte so rasch wie möglich wortwörtlich zu bekämpfen. Andererseits intensivieren sich aber auch die Bestrebungen, im großen Umfang zivil-militärische Besatzungstruppen aufzustellen, was von der Europäischen Sicherheitsstrategie (S. 11) wie folgt begründet wird: „Bei nahezu allen größeren Einsätzen ist auf militärische Effizienz ziviles Chaos gefolgt. Wir brauchen eine verstärkte Fähigkeit, damit alle notwendigen zivilen Mittel in und nach Krisen zum Tragen kommen."[27] Dementsprechend wird in der „Human Security Doctrine for Europe", einer u.a. von Mary Kaldor

im Auftrag von Javier Solana verfassten Studie, für den Aufbau einer stehenden zivil-militärischen Besatzungstruppe aus 10'000 Soldaten und 5'000 Zivilisten plädiert. Während sich die Aufstellung dieser Truppe gegenwärtig noch im Diskussionsstadium befindet, wurde bereits ein als „Zivil-militärische Zelle" bezeichnetes EU-Hauptquartier zur Leitung von Stabilisierungseinsätzen eingerichtet.

Auch die EU-Entwicklungshilfe wird immer gezielter auf die Unterstützung von Stabilisierungseinsätzen ausgerichtet. Verstärkt werden EU-Entwicklungshilfegelder – beispielsweise über die „African Peace Facility" – regelrecht zweckentfremdet, indem man sie zur Finanzierung von Militäreinsätzen verwendet und so der Armutsbekämpfung entzieht.[28] So hat etwa das einflussreiche Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) unter Bezugnahme auf Stephen Krasners Arbeiten gefordert, die Vergabe von Entwicklungshilfe künftig davon abhängig zu machen, ob ein Land bereit ist, sich diesem neokolonialen Diktat zu unterwerfen: „Wie realistisch ist es, von einem schwachen und oft korrupten Staat zu erwarten, Teile seiner Souveränität aufzugeben? Eine mögliche Lösung könnte es sein, internationale Hilfe für bestimmte Staaten von der Einsetzung einer Vereinbarung für geteilte Souveränität abhängig zu machen."[29]

Pilotprojekte: Kosovo, Afghanistan, Irak

Zahlreiche Beobachter haben mittlerweile darauf hingewiesen, dass innerhalb der Nation-Building-Community nahezu unisono eine neoliberale Umstrukturierung des Wirtschaftssystems als prioritär für die erfolgreiche Stabilisierung eines gescheiterten Staates erachtet wird.[30] Vorbildcharakter hat hierbei in vielerlei Hinsicht der Kosovo, der zwar weiterhin de jure (auf Grundlage von UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999) integraler Bestandteil Jugoslawiens bzw. seines Rechtsnachfolgers Serbien ist, de facto aber vollständig von den Vereinten Nationen kontrolliert wird. Die hierfür eigens ins Leben gerufene Besatzungsbehörde UNMIK hat das Recht, sogenannte Anordnungen (regulations) zu erlassen, deren Inhalte bindend sind. Schon mit Anordnung 2001/9 wurde eine „Provisorische Verfassung" eingeführt, die u.a. dem UN-Sonderbeauftragten die Verantwortung für die Geld- und Wirtschaftspolitik überträgt und die Einführung einer „freien Marktwirtschaft" vorschreibt. Darüber hinaus wurde mit Anordnung 2001/3 („Regulation on Foreign Investment"[31]) ein Einfallstor für ausländisches Kapital geschaffen, deren wichtigste Elemente von UNMIK-Chef Joachim Rücker folgendermaßen zusammengefasst werden: „Wir [haben] sehr viele Regelungen, die fremde Investitionen möglich machen. Es gibt vor allem ein Investitionsschutz-Gesetz, das all die üblichen Rechtsstandards bietet, also Schutz vor Enteignungen, Gewinntransfer usw."[32] Damit wurde die Grundlage für die Übernahme vormals staatlicher Betriebe durch westliche Konzerne geschaffen, die durch die per

Anordnung 2002/12 geschaffene Kosovo-Treuhand-Agentur (KTA) abgewickelt wird, die im März 2007 die nunmehr 24ste Privatisierungsrunde ausrief.

Richtschnur für das weitere Vorgehen sind nun die Vorschläge des von der UNO mit der Lösung der Statusfrage beauftragten Finnen Martti Ahtisaari, die zwar auf die De-facto-Herauslösung des Kosovos aus Serbien, nicht aber auf die vollständige Unabhängigkeit der Provinz abzielen. Der Kosovo soll vielmehr unter quasi-kolonialer Beaufsichtigung der Europäischen Union gestellt werden, wobei Brüssel nahezu uneingeschränkte Vollmachten übertragen werden, z.B. alle Gesetze des kosovarischen Parlaments und der Regierung annullieren und alle gewählten Vertreter und Beamte entlassen zu können. Ehrlicherweise betonte beispielsweise der SPD-Europaabgeordnete Helmut Kuhne, es sei deshalb angebracht, „das Kind beim Namen zu nennen. Die Lösung, die Ahtisaari vorschlägt, hat man früher ein Protektorat genannt. Von einer wirklichen Unabhängigkeit kann keine Rede sein."[33]

Genau wie im Kosovo war Deutschland auch in Afghanistan – wo erstmals in großem Umfang zivil-militärische Besatzungstruppen eingesetzt werden (Regionale Wiederaufbauteams) – federführend „behilflich", ein Investitionsschutzabkommen auszuarbeiten, das westlichen Konzernen hundertprozentigen Firmenbesitz, Schutz vor Enteignung, Steuerbefreiung in den ersten acht Jahren, Zollreduzierung und hundertprozentigen Gewinntransfer einräumt. Nicht von ungefähr betonte die *Bundesagentur für Außenwirtschaft* deshalb lobend: „Die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaft und der Schutz von Investoren wurden in die neue afghanische Verfassung aufgenommen. [...] Afghanistan kann als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber als die offenste Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden."[34]

Dass es sich hierbei keineswegs um eine Art deutschen Sonderweg handelt, verdeutlichen die unter US-Ägide verfügten „Wirtschaftsreformen" im Irak, die in einer Studie von *Focus on the Global South* mit dem bezeichnenden Titel *„Destroy and Profit"* folgendermaßen beschrieben werden: „Invasion. Dies war der erste Schritt für das, was seither zu dem ambitioniertesten, radikalsten und gewalttätigsten Projekt in der jüngsten Geschichte geworden ist, eine Ökonomie entlang neoliberaler Linien wiederaufzubauen. Seit der Invasion im Jahr 2003 haben die Vereinigten Staaten versucht, nahezu sämtliche Sektoren der irakischen Wirtschaft für ausländische Investoren zu öffnen; das Land für den internationalen Handel aufzubrechen; ein massives Privatisierungsprogramm zum Verkauf von über 150 staatseigenen Betriebe zu starten; den Finanzmarkt zu liberalisieren; [...] und die Grundlagen für die endgültige Privatisierung des irakischen Öls zu legen."[35] Während das irakische Ölgesetz, mit dem die wohl größte Enteignungsaktion der neueren Geschichte eingeleitet werden soll, erst kurz vor der Verabschiedung steht, wurden die restlichen Grund-

lagen hierfür bereits im September 2003 vom damaligen US-Statthalter Paul Bremer per „Order 39“ geschaffen. Sie erlaubt es ausländischen Konzernen wiederum, einen hundertprozentigen Anteil an irakischen Betrieben zu übernehmen und die aus ihren Geschäften resultierenden Gewinne zu ebenfalls 100 Prozent aus dem Land zu transferieren. Parallel dazu wurden die Einfuhrzölle herabgesetzt und staatliche Subventionen gestrichen, womit der Schutz der irakischen Wirtschaft vor – häufig hochsubventionierten – westlichen Produkten praktisch wegfiel. Mit Order 49 wurden die Steuern auf lediglich 15 Prozent begrenzt (von ursprünglich 40 Prozent) und schließlich die Einfuhrzölle gänzlich abgeschafft (Order 54). Darüber hinaus eröffnete Order 40 erstmals die Möglichkeit, das Bankenwesen zu übernehmen.

Koloniale Besatzungsregime und Aufstandsbekämpfung

Weiterhin werden Hunderte von Milliarden in die Rüstung gepumpt, um „Sicherheit“ und „Staatlichkeit“ herbeizubomben, nur um Länder anschließend so lange unter die Schirmherrschaft westlicher Protektorate zu stellen, bis sie neoliberalen Spielregeln sich unterworfen haben. Perpetuiert wird damit lediglich der Teufelskreis aus Armut und Gewalt, geredet wird von „Stabilitätsexport“. Hierdurch wird gleichzeitig systematisch die Sicht auf die primäre Ursache sogenannter Globalisierungskonflikte verstellt: die sozioökonomische Desintegration als Folge neoliberaler Politik. Da keine Bereitschaft existiert, hieran etwas zu verändern, verwundert es nicht weiter, dass zunehmend militärische Mittel benötigt werden, um die Folgen dieser Entscheidung in Form eskalierender Konflikte zu bekämpfen. Die westlichen Staaten haben sich dazu entschlossen, das neoliberale System mit Klauen und Zähnen zu verteidigen, was insbesondere in den neu errichteten Kolonien auf zunehmenden Widerstand stößt. Da es sich hierbei um eine langfristige Konfrontation handelt, mit der sich der Westen unweigerlich auf Kollisionskurs mit dem Rest der Welt begibt, wurde der „Krieg gegen den Terror“ nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich entgrenzt („long war“).

Gleichzeitig rückt die Aufstandbekämpfung im Rahmen der kolonialen Besatzungsregime ins Zentrum der Militärplanung. Nichts symbolisiert dies besser, als die Anfang 2007 verkündete Auswechslung des für den Irak zuständigen Generals George Casey durch Generalleutnant David Petraeus. Er ist der Verfasser des US-Handbuchs zur Aufstandsbekämpfung (Field Manual 3-24), das die „Geschichte von Aufständen gegen große Armeen untersucht, Erhebungen in früheren Kolonien der Europäer etwa, Vietnam, der Balkan, schließlich Irak.“[36] Die Schlussfolgerung aus dieser Untersuchung liegt voll im Trend: „Detailliert wird im Handbuch das Zusammenspiel von militärischen, politischen und sozialen Eingriffen untersucht. Dabei müsse es Ziel der Militärs sein, mit Polizeikräften,

Uno-Organisationen, staatlichen Hilfsorganisationen, privaten Unternehmen, aber auch nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) zusammenzuarbeiten. Alle Anstrengungen sollen dem Ziel der Aufstandsbekämpfung dienen."[37]

Ein vor über zehn Jahren in der Bundeswehrzeitschrift *Truppenpraxis/ Wehrausbildung* (Nr. 2-3/1996) publizierter Artikel erwies sich vor diesem Hintergrund als Blick in die Kristallkugel: „Das 21. Jahrhundert wird die Ära eines neuen Kolonialismus sein. [...] Dem Wettbewerb nicht gewachsene Regionen werden untergehen. Die Kolonien der Zukunft werden vor allem Ressourcenlieferanten und Absatzmärkte für die Kolonialmächte sein. Die politische Führung und danach das Militär der reichen Länder treten nur dann in Aktion, wenn ihre wirtschaftlichen Interessen durch illegale Praktiken oder die Ausübung von Gewalt beeinträchtigt werden – nationale Interessen sind heutzutage in erster Linie wirtschaftliche Interessen."

Anmerkungen

1 Masala, Carlo: Managing Protectorates: Die vergessene Dimension. In: Politische Studien, Januar/Februar 2007, S. 49-55, S. 49. Während ein Protektorat formal souverän ist, trifft dabei dennoch ebenso wie bei einer Kolonie die Besatzungsmacht sämtliche relevanten Entscheidungen, weshalb beide Begriffe hier nicht weiter differenziert verwendet werden.

2 Ansprenger, Franz: Entkolonialisierung. In: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn 2000 (8. AUfl.), S. 63-68, S. 68.

3 Vgl. Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002; und Chang, Ha-Joon: Kicking Away the Ladder: The „Real" History of Free Trade, FPIF, Special Report, Dezember 2003.

4 Brzoska, Michael: Wie werden wir die nächsten hundert Jahre überleben? Zeit Online, 17.08.2006; Bertelsmann Stiftung (Hg.): Political Violence, Extremism and Transformation, Gütersloh 2006; Collier, Paul: Breaking the conflict trap. (World Bank Policy Research Report) 2003.

5 Bowers, David: Nationale Bedrohungen für globale Bestrebungen. In: griephan global security, Herbst 2007, S. 8-14, S. 10.

6 Für eine ausführliche Kritik der Neuen Kriege vgl. Zelik, Raul: „State Failure" und „asymmetrische Kriege" als Paradigmen von Weltordnungspolitik. In: Prokla 2/2007; und Wagner, Jürgen: Intellektuelle Brandstifter, in: W&F 3/2006.

7 Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Reinbek 2002, S. 135, 221.

8 Kaldor, Mary: Neue und alte Kriege, Frankfurt/M 2000, S. 196f.

9 Münkler 2002, S. 227.

10 Defense Science Board 2004: Summer Study on Transition To and From Hostilities, Supporting Papers, January 2005, S. 83.

11 Defense Science Board 2004: Summer Study on Transition To and From Hostilities, December 2004, S. vi;
Vgl. auch Commission on Post Conflict Reconstruction: Playing to Win, Center for Strategic and International Studies/Association of the U.S. Army Report, January 2003; Center for Global Development: States on the Brink: the Commission on Weak States and National Security, Summer 2004.

12 Nationale Sicherheitsstrategie, März 2006.
13 Ferrero-Waldner, Benita: Europa als globaler Akteur, 24. Januar 2005 (SPEECH/05/30).
14 Krasner, Stephen D.: Alternativen zur Souveränität, in: Internationale Politik (September 2005), S. 44-53, S. 44-46. Krasner trat im März 2007 zurück und war kurzzeitig als Nachfolger von Paul Wolfowitz als Chef der Weltbank im Gespräch.
15 Menzel, Ulrich: Wenn die Staaten verschwinden, taz, 30.08.2003.
16 Kaldor 2000, S. 211.
17 Posener, Alan: Barroso: Europa ist ein Imperium, URL: http://debatte.welt.de/.
18 Cooper, Robert: The Post-Modern State. In: Leonard, Mark (ed.): Re-Ordering the World, London 2002, S. 11-20.
19 Boot, Max: The Struggle to Transform the Military. In: Foreign Affairs, March/April 2005, S. 103-118.
20 Department of Defense: Military Support for Stability, Security, Transition, and Reconstruction (SSTR) Operations. DIRECTIVE NUMBER 3000.05, November 28, 2005, S. 2.
21 Vgl. Report to Congress on the Implementation of DoD Directive 3000.05, April 2007.
22 Vaisse, Justin: Transformational Diplomacy, Chaillot Paper Nr. 103, Juni 2007, S. 66.
23 USAID: Fragile States Strategy, January 2005 PD-ACA-999.
24 Nowels, Larry/Veillette, Connie: Restructuring U.S. Foreign Aid, CRS Report for Congress, Updated September 8, 2006, S. 2.
25 Rice, Condoleezza: Transformational Diplomacy, Washington, DC, January 18, 2006.
26 Department of State: About S/CRS, URL: http: //www.state.gov/s/crs/c12936.htm.
27 Im Bundeswehr-Weißbuch (S. 7) wird analog hierzu die „vernetzte Sicherheit" als neues (zivil-militärisches) Leitbild etabliert: „Staatliches Handeln bei der Sicherheitsvorsorge wird künftig eine noch engere Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung voraussetzen."
28 Vgl. Wagner, Jürgen: Mit Sicherheit keine Entwicklung! Die Militarisierung der Entwicklungshilfe. Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE, August 2007.
29 Klotzle, Kurt: International Strategies in Fragile States: Expanding the Toolbox? CAP Policy-Analysis, No. 1 (March 2006), S. 14.
30 Vgl. Pugh, Michael: The political economy of peacebuilding: a critical theory perspective. In: International Journal of Peace Studies, vol. 10, no. 2 (autumn/winter 2005), S. 23-42; Barnett, Michael: Building a Republican Peace: Stabilizing States after War. In: International Security. Vol. 30, No. 4 (Spring 2006), S. 87-112.
31 UNMIK/PR/472 PRESS RELEASE – 14 January 2001: Regulation on foreign investment in Kosovo.
32 „Die Privatisierung im Kosovo kommt voran", Interview mit Joachim Rücker, Deutsche Welle, 14.04.2005.
33 Parlament votierte für „überwachte Unabhängigkeit" des Kosovo, Der Standard, 29.03.2007. Vgl. auch: Status des Kosovo als EU-Treuhandgebiet, Bundestag-Drucksache 15/2860. Hervorhebung JW.
34 Afghanistan – Wirtschaftsentwicklung 2006, Bundesagentur für Außenwirtschaft, 27.11.2006.
35 Docena, Herbert: „Shock and Awe" Therapy. In: Focus on the Global South: Destroy and Profit, January 2006, S. 7-26, S. 8.
36 Heine, Roland: Irak: Krieg mit menschlichem Antlitz, Berliner Zeitung, 17.01.2007.
37 Stern, Daniel: US-Militär: Bewaffnete Sozialarbeit, WoZ, 17.7.2006.